



Mitglieder  
der Projektgruppe  
„Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“

---

Berlin, 10. Juni 2011  
Geschäftszeichen: PA 24/4

**Enquete-Kommission Internet und  
digitale Gesellschaft**

## **Ergebnisprotokoll der siebzehnten Sitzung der Projektgruppe am 10. Juni 2011**

### **TOP 1 Begrüßung und Formales**

Es wird beantragt, das Protokoll der Sitzung vom 27. Mai 2011 dahingehend zu ändern, dass es sich bei der auf S. 4 erwähnten „Frist“ um eine „Orientierungsfrist“ handele. Das Verb „müssen“ sei daher zu ersetzen. Auch nach dem 17. Juni 2011 eingehende Texte seien für die Sitzung am 27. Juni 2011 zu berücksichtigen. So sei es von den Obleuten besprochen worden.

Das Protokoll wird einstimmig mit dieser Änderung beschlossen.

Die am 20. Mai 2011 versandte Tagesordnung wird ebenfalls einvernehmlich beschlossen.



## TOP 2

### **Bericht über die Bürgerbeteiligung durch die Projektgruppe Datenschutz**

Zu dem am 8. Juni versandten Entwurf für den Berichtsteil „Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“ werden folgende Änderungen und Ergänzungen beschlossen:

Im **Abschnitt „Bürgerbeteiligung bei „Adhocracy“** soll nicht nur auf die Zahl der eingegangenen Vorschläge, sondern auch auf die Zahl der Mitglieder der Projektgruppe (119) und die Zahl der Kommentare (73) hingewiesen werden. Der erste Satz im zweiten Absatz dieses Abschnitts soll lauten: *„Die Resonanz auf diese Papiere war gering.“*

Im vorletzten Absatz auf S. 3 soll verdeutlicht werden, dass die Vorschläge *„in Handlungsempfehlungen einzelner Fraktionen“* (statt: *„in Texte der Projektgruppe“*) übernommen wurden. Die genaue Fundstelle der so übernommenen Vorschläge soll hinzugefügt werden.

Der nach diesen Maßgaben geänderte und gegebenenfalls aktualisierte Bericht soll erneut mit der Projektgruppe abgestimmt werden. Dies kann auch im Umlaufverfahren geschehen.

## TOP 3

### **Kapitel 3 „Resultierender politischer Handlungsbedarf“**

Es wird darauf hingewiesen, dass es zum Textvorschlag der Referentenrunde für konsensuale Handlungsempfehlungen einige Änderungsvorschläge gebe, über die beraten werden könne. Daneben seien ihm noch weitere, kurzfristige Änderungsvorschläge einiger Projektgruppenmitglieder bekannt.

Die Projektgruppe kommt in der weiteren Diskussion zu folgenden Ergebnissen:

- Abschnitt IX *„Datenschutz als Standortfaktor“* folgt (als neuer Abschnitt III) nach Abschnitt II *„Vorgaben für nationalen, europäischen und internationalen Datenschutz“*; die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.
- In Z. 464 wird das Wort „daher“ gestrichen. Einige Projektgruppenmitglieder prüfen den weitergehenden Vorschlag, Z. 464 wie folgt zu fassen: *„Es muss sichergestellt werden, dass personenbezogene Daten*



*grundsätzlich nur den Verbrauchern und Verbrauchswerte nur für die Abrechnung personenbezogen zur Verfügung gestellt werden dürfen.“*

- Ein Projektgruppenmitglied kündigt einen ergänzenden Textvorschlag mit einer Handlungsempfehlung auch für andere intelligente Netze (etwa im Gesundheitswesen) an.
- Der nachfolgende Vorschlag eines Projektgruppenmitglieds, Z. 226 ff. anders zu fassen, wird zur erneuten Beratung in die Referentenrunde verwiesen: *„6. die in der E-Privacy-Richtlinie vorgesehenen Anforderungen an Information und Einverständnis bei Platzierung von Cookies für einen wirksamen Schutz bei Verarbeitung persönlicher Daten durch den Gesetzgeber in deutsches Recht umzusetzen.“*

Im weiteren Verlauf wird darauf hingewiesen, dass aus Sicht eines Teils der Projektgruppe über den Textvorschlag der Referentenrunde heute noch nicht abschließend gesprochen werden könne, da es weiteren Abstimmungsbedarf gebe. Es wird daher angeregt, in der 24. oder 25. Kalenderwoche eine weitere Referentenrunde stattfinden zu lassen und eine Verlegung der Enquete-Sitzung vom 27. Juni auf den 4. Juli ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die bisher für den 4. Juli vorgesehenen Termine anderer Projektgruppen könnten dann auf den 27. Juni vorgezogen werden. Am 27. Juni könne dann eine zusätzliche Sitzung der Projektgruppe Datenschutz durchgeführt werden, in der die abschließende Beratung der konsensualen Handlungsempfehlungen nachgeholt werden könne.

Die Projektgruppe kommt nach längerer Diskussion überein, dass eine Verabschiedung konsensualer Handlungsempfehlungen weiterverfolgt werden solle, wenn es zu einer Verschiebung der Enquete-Sitzung vom 27. Juni auf den 4. Juli komme. Für eine Enquete-Sitzung am 27. Juni könnten konsensuale Handlungsempfehlungen nicht mehr fristgerecht vorgelegt werden.

#### **TOP 4 Verschiedenes/Zeitplan**

Keine Wortmeldungen unter „Verschiedenes“.